

## KONJUNKTURREPORT

22. Jg., Ausgabe 1, März 2022

### Ukraine-Krieg belastet die Wirtschaft

Während in den meisten Ländern – trotz teils hoher Neuinfektionszahlen – die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie weitgehend aufgehoben werden und sich die globalen Lieferketten allmählich normalisieren, belasten der Krieg gegen die Ukraine und die Sanktionen gegen Russland die wirtschaftliche Entwicklung. Zwar ist der Anteil Russlands am Welthandel insgesamt klein, aber bei Rohöl, Erdgas und einigen Metallrohstoffen wie Palladium sind die russischen Exporte bedeutend für die **Weltwirtschaft**. Die EU deckt etwa 40 % ihres Erdgasverbrauchs durch Importe aus Russland. Bei Österreich liegt dieser Anteil bei 80 %. Die Ukraine exportiert vor allem Weizen und Ölrüchte wie Raps und Sonnenblumen. Die Weizenimporte aus der Ukraine sind insbesondere für einige Länder in Nordafrika und Westasien bedeutend. In den vergangenen Tagen sind die Preise für Erdgas, Rohöl und Weizen kräftig gestiegen. Hinsichtlich der Sanktionen gehen vorläufige Schätzungen davon aus, dass dadurch die Wirtschaftsleistung in Österreich und in der EU insgesamt um rund 0,4 bis 0,5 % niedriger ausfallen könnte, als es sonst der Fall gewesen wäre. Dabei wurden aber keine Lieferunterbrechungen bei Erdgas unterstellt. Die russische Wirtschaftsleistung könnte im Jahr 2022 einer Schätzung von JPMorgan zufolge um 7 % einbrechen.

Der **Welthandel** hatte sich zuletzt erholt, auch weil es in China nicht mehr zu Hafenschließungen als Reaktion auf einzelne Corona-Fälle kam. Im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine könnten sich die Probleme in den globalen Lieferketten aber wieder verstärken, weil Vorprodukte und Rohstoffe aus der Ukraine und aus Russland nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies betrifft insbesondere die Automobilindustrie.

In den **USA** ist das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal 2021 um 1,7 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Im Gesamtjahr nahm das BIP um 5,7 % zu, nach einem Rückgang um 3,4 % im Jahr 2020. In **Japan** stieg die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 1,3 %. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sie sich um 1,7 %, nach einem Rückgang um 4,5 % im Jahr 2020. In **China** nahm die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 1,6 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im Gesamtjahr stieg sie um

8,1 %, nach 2,3 % im Jahr 2020. In der **EU27** und im **Euroraum** stieg das saisonbereinigte BIP im vierten Quartal einer ersten Schätzung zufolge um 0,4 % bzw. 0,3 %. Im Jahresdurchschnitt erhöhte es sich sowohl in der EU als auch im Euroraum um 5,3 %, nach einem Rückgang um 5,9 % (EU) bzw. 6,4 % (Euroraum) im Jahr 2020.

In **Österreich** ging das BIP aufgrund des neuerlichen Lockdowns im vierten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 1,5 % zurück. Damit war die Wirtschaftsleistung noch knapp 1 % niedriger als Ende 2019. Im Jahresdurchschnitt stieg das Bruttoinlandsprodukt um 4,5 %, nach einem Einbruch um 6,7 % im Jahr 2020. Vor allem der Außenhandel erholte sich kräftig, wobei der grenzüberschreitende Tourismus noch immer weit unter dem Vorkrisenniveau liegt. Auch der Konsum und die Investitionen trugen maßgeblich zum Wachstum bei. Entstehungsseitig erzielte das Verarbeitende Gewerbe mit 8,8 % das stärkste Wachstum, gefolgt von den öffentlichen und den wirtschaftsnahen Dienstleistungen mit 7,8 % bzw. 7,6 % und dem Handel mit 7,3 %. Dagegen ging im Bereich Beherbergung und Gastronomie aufgrund wiederholter Lockdown-Maßnahmen die Wertschöpfung um knapp 16 % zurück, nachdem sie bereits im Jahr 2020 um rund 40 % eingebrochen war. Im Baubereich stieg die Wertschöpfung um 3,0 %.

Für die Bundesländer und für Österreich insgesamt stehen derzeit Produktionsdaten bis Dezember zur Verfügung. Im Jahr 2021 ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in **Kärnten** um 22,2 % und in ganz Österreich um 10,5 % gestiegen. Die Bauproduktion erhöhte sich in Kärnten um 8,0 % (Hochbau: 7,7 %, Tiefbau 9,7 %). In ganz Österreich betrug das Wachstum 8,4 % (Hochbau: 7,8 %, Tiefbau: 11,3 %). In der Energieversorgung nahm die Produktion in Kärnten um 32,0 %, in ganz Österreich um 13,1 % zu. Vor dem Ausbruch der Ukraine-Krise belief sich die Prognose des Wirtschaftswachstums im Jahr 2022 auf 4,2 % in Österreich bzw. 4,1 % in Kärnten. Die Entwicklung war im vierten Quartal etwas besser als erwartet, aber die Folgen des Krieges und der Sanktionen dürften die Wirtschaftsleistung drücken. Aufgrund der dynamischen Entwicklung ist jede Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen Effekte mit hoher Unsicherheit behaftet.

## Gastkommentar: In (Big) Data We Trust

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden als Rückgrat der europäischen Unternehmenslandschaft angesehen, da 99 % der Unternehmen in der EU als KMU kategorisiert werden.<sup>1</sup> Auch in Österreich stellen KMUs mit einem Anteil von 99,6 % eine wichtige Säule für die heimische Wirtschaft dar.<sup>2</sup>

Gerade die wirtschaftliche Situation solcher Unternehmen hat die COVID 19 Pandemie stark beeinflusst. Von besonderem öffentlichem Interesse ist hierbei, wie Umsatzeinbußen von durch die COVID 19-Maßnahmen betroffenen Unternehmen abgemildert werden können. Kurzfristig öffentlich bereit gestellte Hilfestellung umfasste u.a. Überbrückungskredite oder Kurzarbeit.<sup>3</sup> Nichtsdestotrotz, oder weil Krisen schon immer auch als Treiber von Veränderungen gelten, stellt sich die Frage, inwiefern die regionale Wirtschaft Kärntens Resilienz in Hinblick auf derartige Krisen und Anpassungsfähigkeit auf sich verändernde Rahmenbedingungen aufbauen kann, um langfristig und nachhaltig wirtschaftliche Aktivität und Wertschöpfung für die Region zu garantieren. Hierzu sei erwähnt, dass in Kärnten im Jahr 2019 - vor der Pandemie - 1,6% der gemessenen Bruttowertschöpfung auf die Land- und Forstwirtschaft, 64,7% auf den Dienstleistungsbereich (den tertiären Sektor) und 33,7% auf den produzierenden Bereich (den sekundären Sektor) entfiel. Die NUTS 3 Region Klagenfurt-Villach trug dabei in 2019 zur gesamten Wertschöpfung Kärntens 59,05%, Oberkärnten 17,27% und Unterkärnten 23,67% bei.<sup>4</sup> Es scheint also, dass auch die Wirtschaft Kärntens von einem immer wieder fest stellbaren Stadt-Land-Gefälle und vornehmlich auch durch den Dienstleistungssektor geprägt ist.

Es kann und soll an dieser Stelle keine vollständige Analyse des Wirtschaftsraums Kärnten erfolgen. Vielmehr soll ein (futuristisches) Augenmerk auf die Rolle von Digitalisierung, sowie von Forschung und Wissens-Spillovern für nachhaltiges regionales Wachstum und KMUs gerichtet werden. Wie können diese zur Stärkung von regionaler Wirtschaft beitragen und

den Aufbau von regionalwirtschaftlichen „Ökosystemen“ unterstützen? Werden die Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, genutzt werden, um eine langfristige Kooperation zwischen Akteuren aus Bildungsbereich, Industrie und dem öffentlichen Sektor, dem produzierenden Bereich und der Kreativindustrie, zwischen KMUs und Big Tech Unternehmen sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene zu erreichen?<sup>5</sup> Auf welche Weise kann Digitalisierung dazu beitragen?

Lockdowns während der COVID 19-Pandemie haben bereits einige alternative Möglichkeiten und Grenzen von digitalen Technologien für wirtschaftliche Aktivität, Kommunikation und Wissenstransfer aufgezeigt. Es wird hier zukunftsweisend sein, Standards gemäß den Bedürfnissen von Regionen und beteiligten Akteuren zu bestimmen, zu implementieren oder zu übernehmen. Das wirft die Frage auf, welche Anreize dafür geboten werden können. Dafür müsste zunächst einmal festgestellt werden, welcher Bedarf diesbezüglich von den Betroffenen in der Region gesehen wird. Wird es als sinnvoll erachtet werden, interregionale Mobilität in Form von Automatisierung zu steigern oder die (dezentrale) Nutzung von Energie über smarte Systeme zu steuern? Um so etwas zu implementieren, muss zunächst Bewusstsein für die Möglichkeiten geschaffen und die Interessen der Beteiligten berücksichtigt werden.

Mit dem europäischen „Digital Markets Act“ und dem „Digital Services Act“ wurden erste Schritte auf europäischer Ebene unternommen, die die Wettbewerbs- und Handlungsfähigkeit von KMUs vis-à-vis Big Tech Unternehmen wie Google und Amazon gewährleisten sollen. Eine besondere Rolle kommt dabei der Nutzung von und dem Zugriff auf Daten zu. Auf regionaler Ebene wird erforderlich sein, unter Einbezug der regionalen Akteure Handlungsspielräume und -risiken, die mit den gesteigerten Möglichkeiten des Informationsaustauschs und zunehmender Digitalisierung einhergehen, auszuloten.<sup>6</sup>

Claudia Salim

*Dr. Claudia Salim ist Postdoc Assistentin am Institut für Volkswirtschaftslehre der AAU.*

<sup>1</sup> [https://ec.europa.eu/growth/smes/sme-definition\\_en](https://ec.europa.eu/growth/smes/sme-definition_en).

<sup>2</sup> BMDW (2020), KMU im Fokus: Im Jahr 2019 beschäftigten die 337.800 KMU 2,1 Mio. Personen, erzielten Umsätze in der Höhe von ca. €514 Mrd. bzw. eine Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten von etwa €135 Mrd. Die KMU boten damit 67 % aller Erwerbstätigen der marktorientierten Wirtschaft, trugen 63 % zu den gesamten Erlösen bzw. 60 % zur gesamten Wertschöpfung bei. S. [www.bmdw.gv.at/Themen/Wirtschaftsstandort-Oesterreich/KMU/KMU-im-Fokus.html](http://www.bmdw.gv.at/Themen/Wirtschaftsstandort-Oesterreich/KMU/KMU-im-Fokus.html)

<sup>3</sup> Z.B. [www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2021/PK0248/](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2021/PK0248/)

<sup>4</sup> Statistik Austria, online: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/wirtschaft/volkswirtschaftliche\\_gesamtrechnungen/regionale\\_gesamtrechnungen/nuts3-regionales\\_bip\\_und\\_hauptaggregate/019477.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/regionale_gesamtrechnungen/nuts3-regionales_bip_und_hauptaggregate/019477.html)

<sup>5</sup> Z.B. Asheim, BT, Isaksen, A und Tripl M (2021) in: M González-López and BT Asheim (eds.): Regions and Innovation Policies in Europe: Learning from the Margins

<sup>6</sup> Dabei sollten unterschiedliche Arten von Innovation (auch diejenigen im sozialen Bereich) und die Rolle des Wissenstransfers besonders berücksichtigt werden. Für weiterführende Literatur, siehe z.B. Audretsch, DB und Belitzki, M (2021), *Regional Studies* 55(1), 1-22; van Rijnsoever FJ et al. (2017), *Technological Forecasting and Social Change* 120, 284-297; Cassiman, B und Veugelers R. (2002), *American Economic Review*, 92(4): 1169-1184.

## Kommentar: Kapitulation der EZB

Für einen Krieg gibt es nie einen guten Zeitpunkt, weil ein Krieg immer eine Katastrophe darstellt. Die „Spezialoperation“ Russlands kommt aber zu einer für die globale Wirtschaft äußerst ungünstigen Zeit. Die wirtschaftliche Erholung nach der Coronapandemie ist noch nicht vollständig, die Inflation ist hoch und Zentralbanken sind besorgt, dass die zusätzliche Störung der globalen Lieferketten eine dauerhafte Erhöhung der Inflationserwartungen auslösen könnte. Der Überfall Russlands auf die Ukraine und der damit verbundene Anstieg der Preise für Energie, Metalle und landwirtschaftliche Produkte auf das höchste Niveau seit 2008 stellt eine gewaltige Herausforderung dar. Parallelen zu den 1970er Jahren, als die Ölpreisschocks in Folge des Yom-Kippur-Krieges und die damit verbundenen Inflationsdynamiken das Gespenst einer Stagflation Realität werden ließen, sind deutlich erkennbar. Welch ein Kontrast zur Situation von vor zwei Jahren, als die Ölnachfrage kollabierte, der Ölpreis in den Vereinigten Staaten sogar kurzfristig negativ war und über Peak Oil spekuliert wurde. Aber die Erdölnachfrage nahm nicht aus strukturellen Gründen ab, sondern wurde lediglich aufgrund des Nachfrageeinbruchs infolge der Corona-Eindämmungsmaßnahmen unterdrückt. Jetzt trifft hohe Nachfrage auf beschränktes Angebot.

Das Zögern des Westens beim Verhängen von Sanktionen im Energiebereich ist angesichts der Abhängigkeit Europas von russischen Lieferungen fossiler Energieträger verständlich, wenn auch moralisch bedauerlich. In den Vereinigten Staaten denkt Präsident Biden zuerst an seine Wiederwahlchancen, und dazu muss er sicherstellen, dass die ohnehin hohe Inflation durch explodierende Benzinpreise nicht noch weiter angeheizt wird. Aktuell kratzt der Dollar-Ölpreis an seinem Rekord aus dem Jahr 2008. Ähnliches zeichnet sich auch für Erdgas ab: Unmittelbar nach der Invasion sprangen Europäische Gasfutures auf 142 Euro pro Megawattstunde. Vor einem Jahr betrug der Preis 16 Euro pro MWh.

Neben allem menschlichen Leid führt der Krieg zu einem Angebotsschock, der das Potenzial der Weltwirtschaft zur Produktion von Waren und Dienstleistungen negativ beeinflusst. Solche Krisen verringern das Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig zunehmender Inflation. Diese Konstellation stellt für Zentralbanken eine größere Herausforderung dar als ein negativer Nachfrageschock. Bei Letzterem kann sie Konsum und Investition stimulieren, aber wie soll sie eine Erhöhung der Öl- und Gasförderung bewirken?

Das Abwägen zwischen Wirtschaftswachstum und Inflation dürfte in Europa und den USA unterschiedlich ausfallen. Fed-Chef Powell hat bereits festgehalten, dass es angesichts des Krieges in der Ukraine „wahrscheinlich angemessen“

sein dürfte, an den geplanten Zinserhöhungen festzuhalten, denn „die Inflation ist zu hoch“.

Im Gegensatz dazu rät EZB-Chefvolkswirt Philip Lane, nicht „überhastet“ auf die aktuell hochschießende Inflation zu reagieren, und schlägt vor, den Zeitraum, in dem die Inflation zu ihrem Zielniveau zurückkehrt, auszudehnen, um derart eine Rezession zu vermeiden. Das entspricht einer Kapitulation der EZB, die ihre Aufgabe zur Sicherung der Geldwertstabilität weniger wichtig erachten dürfte als die Finanzierung von überschuldeten Eurostaaten. In ihrer Sitzung am Donnerstag wird der Krieg Anlass sein, die Zinsen weiterhin nicht zu erhöhen. Es ist wenig verwunderlich, dass eine derartige Geldpolitik mittlerweile auch innerhalb der EZB immer umstrittener ist. Ein größeres Zinsdifferential zwischen den USA und Europa dürfte zu einer zusätzlichen Aufwertung des Dollars führen, welche die Inflation im Euroraum über teurere Importe noch weiter befeuern wird.

Der aktuelle Schock bringt auch asymmetrische regionale Auswirkungen mit sich, weil Länder in unterschiedlichem Ausmaß betroffen sind: Deutschland und Italien sind wegen der größeren Abhängigkeit von russischen Energielieferungen stärker betroffen als z.B. Frankreich. Ein wirtschaftlicher Schock mit unterschiedlichen regionalen Auswirkungen dürfte auch zu einer weiteren Fragmentierung des Euroraums führen, die es Ländern wie Italien noch schwieriger machen wird, ihre öffentlichen Schulden zu bedienen.

Nach der massiven Ausweitung der Staatsausgaben als Folge der Coronakrise wird es wohl auch diesmal wieder Aufgabe der Fiskalpolitik sein, vulnerable Bevölkerungsgruppen vor höheren Preisen zu schützen. Kurzfristig mittels Transferzahlungen und Steuersenkungen auf Energie, teilweise sogar mittels Subventionierung fossiler Energie, wie in Spanien und Frankreich. Wo bleibt da der Green Deal? Das Klima erwärmt sich langsam, aber die Ukraine kocht.

In der mittleren Frist wird der Krieg gegen die Ukraine auch die Zusammensetzung der Staatsausgaben verändern. Europa kann nicht länger von der „Friedensdividende“ nach dem Zerfall der Sowjetunion profitieren, die in europäischen Staaten zu niedrigen Rüstungsausgaben führte - in der Annahme, dass ein Krieg in Europa unmöglich geworden sei. Diese Politik stellte ein Trittbrettfahren auf Kosten der USA dar, welches nunmehr nicht mehr möglich ist. Damit wird die Liste der prioritären Staatsausgaben immer länger und die Frage nach ihrer Finanzierung angesichts einer Schuldenquote des Euroraums von 100% immer dringlicher.

Investoren fürchten bereits seit einiger Zeit eine Rückkehr der Stagflation. Allerdings haben wohl nur die wenigsten erwartet, dass sie sie als Folge eines Krieges kommen könnte.

Norbert Wohlgemuth

## Wirtschaftskennzahlen im Überblick

### Gasnetzentgelte bei einem Jahresverbrauch von 15.000 kWh, Netzebene 3, 2022

Cent / kWh und prozentuelle Veränderung zu 2021

	2022	% zu 2021
Burgenland	1,86	7,77
Kärnten	2,04	-0,44
Niederösterreich	1,53	4,72
Oberösterreich	1,59	5,55
Salzburg	1,44	2,20
Steiermark	1,63	-2,20
Tirol	2,24	2,21
Vorarlberg	1,20	-4,0
Wien	1,88	6,22
<b>Österreich gesamt</b>	<b>1,75</b>	<b>4,09</b>

Quelle: E-Control – Netzentgelte 2022;  
eigene Darstellung KIHS

### Gasnetznutzungsentgelt, Netzebene 2, 7000 Jahresbenutzungsstunden, 90 GWh, 2022

Cent / kWh

	Cent / kWh
Burgenland	0,2562
Kärnten	0,1735
Niederösterreich	0,1379
Oberösterreich	0,1234
Salzburg	0,2902
Steiermark	0,1630
Tirol	0,3770
Vorarlberg	0,2427
Wien	0,2016

Quelle: E-Control – Netzentgelte 2022;  
eigene Darstellung KIHS

### Inflation im Euroraum, jährliche und monatliche Rate

Schnellschätzung – Februar 2022, %

	% zu Vorjahresmonat	% zu Vormonat
Gesamtindex Harmonisierter Verbraucherpreisindex	5,8	0,9
Lebensmittel, Alkohol, Tabak	4,1	0,8
Unverarbeitete Lebensmittel	6,1	1,2
Energie	31,7	3,3
Industriegüter ohne Energie	3,0	0,7
Dienstleistungen	2,5	0,4

Quelle: Eurostat; eigene Darstellung KIHS

## Impressum

**Herausgeber:** KIHS  
**Adresse:** Universitätsstraße 65-67  
 9020 Klagenfurt  
 office@kihs.at  
**E-Mail:**  
**Website:** www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

**Redaktionsschluss:** 8.3.2022

### Stromnetzentgelte bei einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh, Netzebene 7, 2022

Cent / kWh und prozentuelle Veränderung zu 2021

	2022	% zu 2021
Burgenland	6,87	10,9
Kärnten	8,52	6,7
Niederösterreich	6,16	8,4
Oberösterreich	6,38	4,6
Salzburg	5,66	7,6
Steiermark	7,06	9,6
Tirol	5,73	8,9
Vorarlberg	4,44	12,6
Wien	5,77	14,6
Klagenfurt	6,06	11,8
<b>Österreich gesamt</b>	<b>6,19</b>	<b>8,9%</b>

Quelle: E-Control – Netzentgelte 2022;  
eigene Darstellung KIHS

### Stromnetznutzungs- und Netzverlustentgelt, Netzebene 5, 4200 Jahresbenutzungsstunden, 2022

Cent / kWh und prozentuelle Veränderung gegenüber letzter Senkung bzw. Erhöhung

	2022	%
Burgenland	3,1140	15,6
Kärnten	3,2313	7,5
Niederösterreich	2,1687	8,1
Oberösterreich	2,1922	4,7
Salzburg	2,1721	6,7
Steiermark	2,6191	9,7
Tirol	2,3426	6,5
Vorarlberg	1,6486	17,1
Wien	2,4779	11,6
Klagenfurt	2,8885	11,0
<b>Österreich gesamt</b>	<b>2,3565</b>	<b>8,6</b>

Quelle: E-Control – Netzentgelte 2022;  
eigene Darstellung KIHS

### Makroökonomische Indikatoren

aktuelle Schätzung für 2022

	BIP Wachstum (%)	Inflation (%)	Arbeitslosenquote, (%)*	Leistungsbilanz (% BIP)	Budgetbalance (% BIP)
USA	3,4	5,2	4,0	-3,3	-7,4
China	5,2	2,4	5,1	1,8	-5,0
Japan	2,9	1,2	2,7	2,4	-5,3
Großbritannien	4,3	4,1	4,1	-3,1	-5,4
Euroraum	4,1	3,5	7,0	3,2	-4,0
Österreich	3,9	2,8	4,9	1,4	-2,9
Frankreich	3,9	2,2	7,4	-1,3	-4,9
Deutschland	3,2	4,2	3,2	6,5	-2,6
Italien	4,4	3,5	9,0	3,5	-5,5
Türkei	3,4	35,3	11,3	-3,3	-3,9

\*aktuellster verfügbarer Monatswert  
 Quelle: The Economist; 5. März 2022  
 eigene Darstellung KIHS